

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Dr. Petra Sitte, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Ates Gürpınar, Dr. André Hahn, Jan Korte, Ina Latendorf, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Heidi Reichinnek, Jessica Tatti, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Unterstützung für Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler krisenfest gestalten – Nicht nur in diesem Winter

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Stetig steigende Lebenshaltungskosten, die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt mit überbeuertem oder mangelndem Wohnraum, unsichere Nebenjobperspektiven durch Inflation und Pandemiegeschehen lassen viele Studierende und Fachschüler:innen mit Sorge auf den kommenden Winter blicken. Das BAföG reicht für viele nicht mehr, die monatlichen Kosten zu decken. Zwar wurden mittlerweile Schritte wie Einmalzahlungen für Heizkosten und Energie im Rahmen der Entlastungspakete I bis III seitens der Bundesregierung eingeführt. Allerdings kommen die Einmalzahlungen kaum bei den Studierenden, Auszubildenden bzw. Fachschüler:innen an und werden nicht annähernd die zusätzlichen Kosten decken können. Hier muss schnellstmöglich eine rasche Lösung mit den Ländern gefunden werden. Darüber hinaus aber müssen zeitnah Mechanismen gefunden werden, um den Studierenden in der aktuellen Krisenlage akut zu helfen. Notwendig sind dauerhafte und krisensichere Lösungen. Das BAföG muss existenzsichernd ausgestaltet und mehr Studierenden zugänglich gemacht werden. Die großen Versäumnisse der vergangenen Jahre haben Zehntausenden jungen Menschen Zeit, Geld, Nerven, Gesundheit und viele sogar das Studium oder den Abschluss gekostet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Ländern unverzüglich ein Verfahren festzulegen, mit dem die versprochenen 200 Euro als Einmalzahlung im Rahmen des Entlastungspakets III schnell an alle Studierenden und Fachschüler:innen ausgezahlt werden;
2. umgehend einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes zur Verankerung einer kostenfreien Nutzung des ÖPNV für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende vorzulegen;

3. einen Hochschulsozialpakt Wohnen aufzulegen, mit dem die Sanierung, der Erhalt und Ausbau der Wohnheime der Studierendenwerke sichergestellt wird;
4. das im Koalitionsvertrag angekündigte Bund-Länder-Programm für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende rasch und in ausreichendem Maße umzusetzen;
5. den Zukunftsvertrag Studium und Lehre mit mehr Mitteln auszustatten, um die Mehrkosten durch die Preissteigerungen vor allem bei Energie auszugleichen;
6. unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Novellierung des BAföG vorzulegen, um es bedarfsdeckend und als Instrument, das sich an soziokulturellen Lebensrealitäten von Studierenden orientiert, zu gestalten. Dafür soll er Folgendes sicherstellen:
 - a) Die BAföG-Fördersätze werden auf ein existenzsicherndes Niveau in Höhe der tatsächlichen Kosten für Lebensunterhalt angehoben und regelmäßig dynamisiert. Dazu zählt auch ein automatischer Inflationsausgleich.
 - b) Die Wohnpauschale wird umgewandelt in einen Mietkostenzuschuss analog dem Wohngeld mit regionaler Staffelung.
 - c) Die BAföG-Förderung wird wieder als rückzahlungsfreier Vollzuschuss gewährt.
 - d) Die Altersgrenzen sind abzuschaffen.

Berlin, den 18. Oktober 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion